



Ting Pek Khing, Chef von EKRAN, vor dem Bakun-Damm.

aus: AW v. 4.7.97, S. 58

Bakun Wasserkraftwerk: Probleme und Verzögerung

Das umstrittene Wasserkraftwerk Bakun HEB (Projektwert 6,1 Mrd. US\$) sieht sich schwierigen Hindernissen gegenüber. Zunächst gab im Juli der malaysische Vizepremier Anwar Ibrahim bekannt, daß EKRAN (der malaysische Generalunternehmer) und Asea Brown Boveri (ABB), der als Hauptbauausführungsfirma beauftragte schwedisch-schweizerische Konzern "ernsthafte" Probleme in ihrer Geschäftsbeziehung hätten. Ting Pek Khing, der Chef von EKRAN, versuchte die Situation herunterzuspielen, aber Anfang September wurde bekanntgegeben, daß der Vertrag mit ABB wegen "unüberbrückbarer Differenzen" nicht mehr tragbar sei. Die Probleme scheinen sich auf die Unsicherheit bei Zahlungen und auf die Frage, wer Preisstei-

gerungen tragen solle, bezogen zu haben. Außerdem könnte ABB's Weigerung, bedeutende Subkontrakte an andere Firmen Ting Pek Khings ohne öffentliche Ausschreibung zu vergeben, Auslöser für die Schwierigkeiten gewesen sein.

Verzögerungen im Projekt waren schon früher bekannt geworden: Seit Anfang des Jahres hinkt die Arbeit an einem Fangdamm und an einem Umleitungstunnel hinter dem Zeitplan her. Die für Juli geplante Zwangsumsiedlung von 9000 betroffenen Menschen wurde auf den Dezember verschoben. Die ersten Schecks mit Entschädigungszahlungen wurden aus Protest über die Unklarheiten darüber, wofür die Zahlungen eigentlich geleistet wurden, ungeöffnet zurückgesendet.

Die Gründung der Bakun

Hydroelectric Corp., durch die Gelder zur Finanzierung des Projekt akquiriert werden sollten, wurde beständig verschoben, weil nicht genügend Interesse bei ausländischen und einheimischen Investoren bestand.

Bei den sich auftürmenden Problemen war es keine Überraschung mehr, als Premierminister Mahathir Mohamad bekanntgab, daß dieses eines der Projekte sei, daß offensichtlich wegen der Währungssituation auf Eis gelegt werden sollte. Es wird mindestens eine Verzögerung von sechs Monaten geben, da anscheinend neue Vertragsnehmer und neue Finanzquellen gefunden werden müssen. Es erscheint möglich, daß Tenaga Engineering, eine Tochterfirma der malaysischen Energiefirma Tenaga Nasional in den Vertrag eintreten wird.

Der "Dunst"

Die dramatische Verschlechterung der Luftqualität an der Westküste Malaysias und in Sarawak wird auf die offenen Feuer in Wäldern und Äckern in Sumatra zurückgeführt. Durch den "Dunst", wie die Rauchwolken bezeichnet werden, beträgt die Sichtweite in der Mittagszeit in Kuching und Kuala Lumpur weniger als 100 Meter. Erhebliche Verspätungen im Transportwesen und erhöhte Aufnahmezahlen in Krankenhäusern wegen Atemwegserkrankungen sind die Folge. Der Index für die Luftqualität bewegt sich weit über dem Grenzwert von 100; in Kuching und Petaling Jaya liegt er regelmäßig bei 180. Hilfsangebote der malaysischen Regierung zur Brandbekämpfung sind bisher von der indonesischen Regierung abgelehnt worden. Kritiker haben aber auf die zusätzliche Verschmutzung durch die rasche Entwicklung und durch wahlloses Abholzung in Malaysia selber hingewiesen. Mittlerweile gibt es einen Aktionsplan gegen die schlimmsten Auswirkungen des "Smogs", der die Erhebung von Parkgebühren, die Senkung der Fahrpreise in öffentlichen Transportmitteln und die Durchsetzung von Emissionskontrollen in Industriebetrieben vorsieht. Dieser Plan muß allerdings erst noch umgesetzt werden.

vgl. NST 28.8.97, Utusan Konsumer 28 (15,1997)

Kritiker sähen es allerdings am liebsten, wenn das Projekt ganz gestoppt würde, da es finanziell, ökonomisch, ökologisch und sozial unannehmbar sei.

vgl. NST 27.8.97; Star 5. u 7.9.97

Menschenrechte neu definiert

Premierminister Mahathir hat sich zum Fürsprecher eines Aufrufs der südlichen Nationen gemacht, nach dem die internationale Gemeinschaft die Prinzipien und Richtlinien überprüfen soll, nach denen die Menschenrechte bestimmt werden. Er äußerte, daß die Definitionen, die die Supermächte vor 50 Jahren entwickelt hätten, heute nicht mehr brauchbar seien.

vgl. Bernama 2.8.97

Einreiseverbot für ungelernete ausländische Arbeitskräfte

Malaysia hat seine Türen für ungelernete ausländische Arbeitskräfte verschlossen. Der stellvertretende Minister für innere Angelegenheiten verkündete ein völliges Einreise- und Arbeitsverbot mit der Begründung, daß 1,7 Millionen Ausländer im Lande "genug" seien.

vgl. NST 31.8.97

Korruption

Das malaysische Parlament hat im August eine veränderte Version des Anti-Korruptionsgesetzes verabschiedet. Dies war Teil eines von Premierminister Mahathir Anfang des Jahres laut verkündeten Angriffs auf Korruption in Malaysia. Trotz der Forderungen nach einer völlig unabhängigen Anti-Korruptionsbehörde mit selbständiger Exekutivgewalt läßt das neue Gesetz auch weiterhin die entscheidenden Befugnisse beim Ge-

neralstaatsanwalt. Außerdem wird befürchtet, daß das neue Gesetz, wie auch die gesamte Initiative, im Endeffekt wenig bewirkt. Kritiker verweisen auf eine Klausel in der Vorlage, die die Verfolgung derjenigen erlaubt, die sich unbegründet beschweren. Es sei unwahrscheinlich, daß dadurch das nötige Vertrauen hergestellt werden könne, vor allem, da aufgrund des *Official Secrets Act* ein Großteil der Informationen dem Veröffentlichungsverbot unterliege.

vgl. Aliran 17 (6/97)

Währungsangriff

Premierminister Mahathir Mohamad hat einen scharfen Angriff gegen Währungsspekulanten und "Manipulatoren" geführt, die, wie er sagte, darauf aus seien, die erfolgreichen Volkswirtschaften Südostasiens zu sabotieren. Er beschuldigte besonders George Soros wegen der Spekulationen, die zur Destabilisierung des thailändischen Baht und zur Abwertung des malaysischen Ringgit um zehn Prozent gegenüber dem US-Dollar geführt hatten. Die malaysische Börse ist ebenso auf einem Rekordtief angelangt. In einem Interview mit CNN behauptete Mahathir, daß Malaysia nun um 20 Prozent ärmer geworden sei.

Änderungen der Regeln für die Börse von Kuala Lumpur, die Aufschiebung einiger großer Projekte und die Ankündigung, eine 60 Mrd. Ringgit-Reserve zur Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit einzusetzen, scheinen den Druck auf die malaysische Wirtschaft vorläufig verringert zu haben. Ökonomen erwarten, daß sich Malaysia auf lange Sicht keine all zu großen Sorgen machen muß, vor allem wenn es sich bemüht, das gegenwärtige Haushaltsdefizit abzubauen. Allerdings wurden die Wachstumsraten vom früheren Niveau von durchschnittlich acht auf sechs bis

sieben Prozent herunterkorrigiert.

Zu den aufgeschobenen Großprojekten gehören das Wasserkraftwerk von Bakun (s. Meldung gegenüber), das 16.300 ha umfassende und 11 Mrd. M\$ (ca. 4,5 Mrd. US\$) teure Landgewinnungsprogramm in Kedah (inkl. eines neuen internationalen Flughafens und eines Seehafens), die geplante 95 km lange Brücke zwischen Malaysia und Sumatra für 2 Mrd. M\$ (ca. 800 Mio. US\$) sowie das 2 Mrd. M\$ teure Nahverkehrssystem für Kuala Lumpur. Der neue internationale Flughafen von Kuala Lumpur und das Multimedia Super-Korridor-Projekt (15 Mrd. M\$, d.h. ca. 6 Mrd. US\$) werden voraussichtlich weitergeführt.

Singapur, das gemeinsam mit Hongkong bisher als viel sicherer Finanzplatz angesehen wurde, hat ebenfalls eine Abwertung seiner Währung von 4,5 Prozent gegenüber dem US\$ und eine Rückgang der Börsenkurse von 17 Prozent seit Januar hinnehmen müssen. Finanzbeobachter gestehen zu, daß eine gewisse Nachgiebigkeit gegenüber dem Währungsverfall nötig ist, damit Waren aus Singapur ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten können.

vgl. FEER 24.7.97; NST 27.8.97; AW 5.9.97

Kritische Haltung attackiert

Ein Polizeibescherde, die aufgrund eines Artikels über die Einführung eines Gesetzes über Gewalt in der Familie in der *New Straits Times* aufgenommen wurde, hat Zweifel an der Bereitschaft der Behörden aufkommen lassen, berechtigte Kritik anzunehmen. Die Beschwerde beruft sich auf die "böswillige Verbreitung falscher Meldungen" und hat zu einer Untersuchung nach Absatz acht des Presse- und Veröffentlichungsgesetzes geführt. Dies ist das gleiche Gesetz, das gegen Tenaganita angewandt wurde, eine NRO, die Verstöße in Strafanstalten für ausländische Arbeiter und gegen den Oppositionspolitiker Lin Guan Eng angeprangert hat. Andere NROs haben ihre Besorgnis angesichts einer Handlungsweise geäußert, die sich "ernsthaft darum bemüht, Lösungen für Probleme der Opfer zu finden ..."

vgl. Aliran 17 (6/97)

Elektronische Pässe

Malaysia wird nächsten Monat das erste Land sein, das elektronische Pässe einführt. Ein "intelligenter" Chip in der Rückseite des Passes macht Fälschungen unmöglich.

vgl. Star 3.8.97

Verteidigung der ASEAN-Erweiterung

Nach dem ASEAN-Treffen im Juli in Kuala Lumpur verteidigten Sprecher der malaysischen Regierung auch weiterhin die Aufnahme von Birma und Laos in das ASEAN-Bündnis und die Politik des Abwartens in Bezug auf Kambodscha. Viele Kritiker sprachen diesbezüglich von Scheinheiligkeit und verglichen es mit ASEANs Weigerung, sich von den Menschenrechtsverletzungen in Birma mit der Begründung zu distanzieren, es handle sich um "interne Angelegenheiten".

In einem *Newsweek*-Artikel weist der stellvertretende Premierminister Anwar Ibrahim darauf hin, daß es unter den jüngeren führenden Politikern der ASEAN-Staaten zunehmend Bedenken gibt, daß eine derartige Sichtweise nicht aktiv genug ist und fordert zu einer Politik der "konstruktiven Intervention" in Kambodscha auf. Andere führende Politiker sind dagegen zurückhaltender. Angesichts der britischen Weigerung, Einreisevisa für birmanische Delegierte am geplanten Gipfeltreffen zwischen ASEAN und EU auszustellen, äußerte Mahathir, daß er aus Solidarität möglicherweise auch nicht erscheinen werde.

vgl. AW 1.8.97; Newsweek 26.7.97; Star 4.9.97

- Anzeige -

Regierung und Islam

Die Beschuldigungen islamischer religiöser Führer gegen drei Frauen wegen der Teilnahme an einer Parade in Badeanzügen als Teil eines Schönheitswettbewerbs hat eine intensive Debatte darüber ausgelöst, wer die Interpretation und Anwendung der Shariah, des islamischen Gesetzes, kontrolliert. In Malaysia existieren nebeneinander Shariah und das Zivilgesetzbuch. Wichtige Mitglieder der Regierung, darunter auch Premier Mahathir, haben in ihren Reaktionen nach einer gemäßigeren und standardisierten Anwendung der Shariah verlangt. Außerdem wurde die Notwendigkeit eines modernen und pragmatischen Islam betont, der den Bedürfnissen der Malaysier und der malaysischen Gesellschaften beim Übergang ins nächste Jahrhundert gerecht werde.

Die Debatte wird allgemein als ein Angriff der Regierung auf die konservativeren örtlichen islamischen Religionsführer verstanden. Kritik an dieser Haltung der Regierung in der Zeitung *Harakah*, herausgegeben von der oppositionellen islamischen Partei PAS, hat zu einem Verbot ihrer öffentlichen Verbreitung geführt.

Der Streit wurde durch Äußerungen des Vize-Premiers Anwar Ibrahim zusätzlich angeheizt, der ankündigte, daß das Studium der islamischen Kultur für alle Schüler verpflichtend sein sollte. Diese Ankündigung, offensichtlich ohne weitere Beratung gemacht, führte zu solchen Protesten, daß der Erziehungsminister Najib sich gezwungen sah, das Studienfach auf asiatische Kulturen auszuweiten.

vgl. FEER 17./31.7.97; Aliran 6/97; Star 6.9.97

SÜDASIEN

Zeitschrift des Südasienbüro Nr. 4-5/97

Aktuelle Berichte aus Südasien:

- Afghanistan - Bangladesh - Bhutan - Indien - Nepal - Pakistan - Sri Lanka

Sonderteil: 1947 - 1997: 50 Jahre Unabhängigkeit

Koloniale Kontinuitäten; Indische Außenpolitik; Gandhi: Ethik der Gewaltfreiheit und heutige Bedeutung; Ambedkar: Erbe der Kastenpolitik

Aktuelle Themenschwerpunkte:

Indische Verteidigungspolitik; Sudhir Kakar: Religiöse Konflikte in Indien; Anti-Terrorismus Gesetz in Pakistan; Perspektiven der Baumwollproduktion in Pakistan; Frauen in Afghanistan

Südasien, berichtet im 17. Jahrgang in jährlich acht Nummern über politische und wirtschaftliche Ereignisse, über Militarisierung und regionale Konflikte, Ökologie und Industrialisierung, Frauen, Landwirtschaft, Menschenrechte und Medien

Bezugsbedingungen:

- Einzelheft: DM 9,-
- Doppelheft: DM 12,-

(zzgl. Porto)

Jahresabonnement
- Inland: DM 62,-
- europ. Ausland: DM 76,-

zu beziehen bei:

Südasienbüro im Asienhaus
Bullmannau 11
D-45327 Essen

Tel: +49/201/8303816
Fax: +49/201/8303830
E-Mail: suedasienbuero@asienhaus.org
Homepage: http://www.asienhaus.org

